**Ergebnis der Bund-Länder-Besprechung (AL-Ebene) am 13.07.2020 (Videokonferenz)
zum weiteren Vorgehen wegen des Zitierfehlers in der 54. Verordnung zur Änderung
straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften vom 20.04.2020**

I. Einleitung

In der 54. Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften vom 20.04.2020 (in Kraft getreten am 28.04.2020, BGBl. I S. 814) sind in Artikel 3 Änderungen der Bußgeldkatalog-Verordnung (BKatV) enthalten. In der Eingangsformel ist die Rechtsgrundlage für die Fahrverbote (§ 26a Abs. 1 Nr. 3 StVG) jedoch nicht genannt, sondern es werden nur die Nummern 1 und 2 der genannten Vorschrift zitiert. Wegen dieses Zitierfehlers hat das BMVI die Länder in einer Bund-Länder-Besprechung am 02.07.2020 gebeten, den Vollzug aller Neuregelungen der BKatV vorerst auszusetzen und die Verkehrsordnungswidrigkeiten nach der bis zum 27.04.2020 geltenden Rechtslage zu behandeln. In einer weiteren Bund-Länder-Besprechung am 13.07.2020 wurde auf der Grundlage einer vorbereitenden Unterlage vom 10.07.2020 das weitere Verfahren besprochen.

II. Ergebnis der Bund-Länder-Besprechung

Es sind folgende Fallgruppen zu unterscheiden:

1. Rechtskräftige behördliche oder gerichtliche Entscheidungen, die sich entweder in Vollziehung befinden oder noch nicht vollzogen sind

Wenn Bußgeldbescheide (bzw. Verwarnungsgelder) bereits in Rechtskraft erwachsen sind, scheidet eine Rücknahme der Bescheide (bzw. eine Rückzahlung) aus; die behördlichen bzw. gerichtlichen Entscheidungen sind mithin zu vollziehen. Eine Wiedereinsetzung des Verfahrens in den vorigen Stand bei abgelaufener Rechtsmittelfrist nach § 52 OWiG i. V. m. den Vorschriften der Strafprozessordnung und eine Wiederaufnahme des Verfahrens nach § 85 OWiG i. V. m. § 359 Nr. 5 StPO scheidet ebenfalls aus; dies gilt jedenfalls, solange keine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nach § 79 BVerfGG vorliegt. Zu Fahrverboten siehe Nummer 3.

2. Laufende, nicht abgeschlossene Ordnungswidrigkeitenverfahren

Hier sind zu unterscheiden die Verfahren, bei denen

- die behördliche oder gerichtliche Entscheidung noch nicht vorliegt,

- dem Bürger noch fristgemäße, rechtlich geregelte Rechtsbehelfe gegen die behördliche Entscheidung zustehen oder
- die behördliche oder gerichtliche Entscheidung zwar erlassen, aber noch nicht bestandskräftig ist, weil der Bürger einen Rechtsbehelf eingelegt hat.

Soweit die Behörde noch keinen Bescheid erlassen hat, ist sie entsprechend ihrer Nichtanwendungskompetenz in Bezug auf offensichtlich nichtige Vorschriften angehalten, den mit der 54. Änderungsverordnung vom 20.04.2020 erlassenen Artikel 3 unangewendet zu lassen. Stattdessen kann die Behörde in ihrer Ermessensentscheidung für den Erlass eines Bescheides auf die fortgeltende BKatV in der bis zum 27.04.2020 geltenden Fassung zurückgreifen.

Nach Erlass des Bußgeldbescheides, aber vor Zustellung sowie auch nach Zustellung besteht die Möglichkeit der Rücknahme des rechtswidrigen Bußgeldbescheides. Ob auch eine solche Pflicht auf Seiten der Behörde besteht, ist in Rechtsprechung und Literatur erkennbar nicht abschließend geklärt. Auf Ebene der Bürger besteht kein Anspruch auf Rücknahme des Bußgeldbescheides, da die (allerdings fristgebundene) Möglichkeit des Einspruchs zur Verfügung steht. Statt einer Rücknahme kann auch eine Berichtigung durch die Behörde vorgenommen werden, da diese eine Form der Rücknahme darstellt.

Nach fristgemäßem Einspruch muss die Behörde die Sach- und Rechtslage erneut prüfen und wird unter Zugrundelegung der bis zum 27.04.2020 geltenden Rechtslage dem Einspruch stattgeben und den Betroffenen auf Basis dieser Rechtslage neu bescheiden.

Dies gilt entsprechend für das Verwarnungsgeld.

Der Antrag auf Punkteeintragung im Fahreignungsregister teilt das rechtliche Schicksal des Bußgeldbescheides.

3. Fahrverbote und Billigkeitsentscheidung

Fahrverbote, die auf der Grundlage des Artikels 3 der 54. Änderungsverordnung vom 20.04.2020 erlassen worden sind (neu geregelte Fahrverbote), aber noch nicht (vollständig) vollstreckt worden sind, dürften im Einzelfall der Eingriffsintensität nach für den betroffenen Bürger schwerwiegend sein (auch im Vergleich zu einem Bußgeld). Die Länder beabsichtigen, soweit dies rechtlich und tatsächlich möglich ist, solche Fahrverbote nach Rechtskraft im Wege einer Billigkeitsentscheidung zu überprüfen.